

# Der FUNKKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Anfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 256 B

BERLIN • Sonntag, den 30. Oktober 1932

1. JAHRGANG

# Wer bezahlt die Wahl-Propaganda der Reichsregierung?

## Unsere Wahlparole.

Von Gustav Heckmann.

Wir haben uns dem neuesten Wahlkampf der Arbeiterparteien gegenüber ziemlich schweigsam verhalten. Der Haß und die Hemmungslosigkeit im Kampf der einen gegen die andere Arbeiterpartei, wie sie zur Zeit z. B. in jeder Nummer des „Vorwärts“ und der „Roten Fahne“ zum Ausdruck kommen, würden unserer Beschreibung auch spotten, wenn wir einen solchen Bericht versuchen würden. Wer davon einen Eindruck haben will, der gehe in eine Leschale und lese von ein paar Tagen diese beiden Zeitungen abwechselnd, in der Reihenfolge, wie sie erschienen.

Dem steht die mühere Angriffstätigkeit des Papenschen Zarismus gegenüber, die vor allem auch durch die Person Hindenburgs demonstriert, was alles durch eine geschlossen auftretende Arbeiterschaft hätte verhindert und was von ihr hätte erreicht werden können; z. B., wenn die Arbeiterschaft den Präsidenten gestellt hätte, wozu sie bei einem einheitlichen Auftreten Aussicht gehabt hätte. Auch für den jetzigen Wahlkampf wäre das Auftreten der Arbeiterparteien mit einer einheitlichen Liste das unangenehmste Hindernis für Papen u. s. w. gewesen. Weit geringer aber als im Sommer tritt seit Wochen der Zug zur Einheit sichtbar hervor, und während vor den vergangenen Wahlen auch die höheren Parteinstanzen deutlich von diesem Zug erfaßt worden waren, ist das zur Zeit nicht zu beobachten.

Aus diesen Gründen haben wir den an sich vernünftigen Gedanken einer einheitlichen Arbeiterliste für diesen Wahlkampf nicht propagiert.

Unsere Lehren aus der Rückwärts-Entwicklung, die in dem verschärften Versagen der beiden großen Parteien ihren Ausdruck findet, sind im wesentlichen folgende.

1. Die Bedeutung der Freien Gewerkschaften für den Kampf der Arbeiterschaft, insbesondere den Kampf um die Einheitsfront, tritt um so zwingender hervor, je mehr die Parteien versagen.

Wir haben von Anfang an den Gewerkschaften für den Aufbau einer einheitlichen Arbeiterfront eine ganz besondere Bedeutung beigemessen, weil sie die wichtigste Arbeiterorganisation darstellen, die organisatorisch überparteilich ist, und weil es also bei den Mitgliedern liegt, der Überparteilichkeit auch in der Praxis volle Geltung zu verschaffen. Unsere Einschätzung der Bedeutung der Gewerkschaften wird bekräftigt einerseits durch die Kampf Bewegung, die dank Papen die Mitgliedschaft erfaßt hat; andererseits durch die Tatsache, daß die Selbständigkeit der Gewerkschaften gegenüber der SPD, wie sie dem Ziel und der Aufgabe der Gewerkschaften entspricht, gerade von Leipart neuerdings wiederholt in den Vordergrund gerückt worden ist. (Vergleiche z. B. seinen Brief vom 13. September und seine Bernauer Rede vom 14. Oktober.)

Wir halten an dieser Beurteilung der Gewerkschaften fest, obwohl wir auch nach neueren Erfahrungen nicht erwarten, daß dieser Kurs von ihnen geradlinig und ohne Rückschläge gesteuert werden wird.

2. Eine Reform der parteipolitischen Arbeiterbewegung an Haupt und Gliedern: wir vorsehen uns nichts von dem Versuch eines Neubaus auf den alten theoretischen und organisatorischen Fundamenten, wie wir sie bei der SP und der KP vorfinden. Deswegen ist auch die SAP nichts Neues: ihre theoretischen Grundlagen hat sie den Theorien der beiden großen Parteien, vor allem der KP, entnommen. Wir halten diese Grundlage nicht für tragfähig und deswegen den Versuch der SAP für verfehlt.

Wonach der Zustand der Arbeiterbewegung heute geradezu schreit, das ist das Aufschließen neuer moralischer Kraftquellen, das planmäßige Aufschließen solcher Quellen.

Hier liegt die große Lehre Nelsons für die Arbeiterbewegung; hier hat der ISK mit seiner Arbeit eingesetzt.

Man lese einmal die „Rote Fahne“ und den „Vorwärts“ in ihrer gegenwärtigen „Polemik“, unter dem Gesichtspunkt, welche moralischen Kräfte aus ihren Spalten sprechen; man wird dort eine eindringliche Sprache für die Notwendigkeit

H. Lm. Die Reichsregierung hat voll Stolz im Klepper-Ausschuß behauptet, sie verwende keinerlei Gelder, Zeitungen sich dienstbar zu machen. Wahrscheinlich wird sie auch mit demselben Rechte behaupten können, daß sie keine Gelder für Wahlpropaganda ausbebe. Daß diese Behauptung zwar richtig sein kann, daß aber trotzdem eine umfangreiche Wahlpropaganda der Reichsregierung möglich ist, zeigen auf der einen Seite die jüngsten Wahlplakate für die Reichsregierung, auf der anderen Seite Mitteilungen, die die Korrespondenz des „Tatkreises“ verbreitet.

Nach diesen Mitteilungen hat kürzlich unter Beteiligung des Reichspressechefs, des Majors a. D. Mareks, dem jetzt auch die „Reichszentrale für Heimatsdienst“ unterstellt ist, eine Besprechung stattgefunden, an der Regierungsmitglieder und Vertreter der vom Reich abhängigen größeren Firmen teilgenommen haben. Dabei wurde eine „Volksdienst G.m.b.H.“ als Propaganda-Zentrale für die Reichsregierung mit einem Kapital von 500 000 Mark gegründet. Die Leitung des „Volksdienstes“ hat der frühere Hohenzollern-Erzieher, Rittmeister a. D. Moyzischewitz. Eine enge Verbindung besteht mit dem Nachrichtenbüro der Vereinigten Stahlwerke, dessen Leiter ein Schulkamerad des Reichskanzlers ist. Außerdem sind Mitarbeiter die bekannten Putschisten, Kapitän Ehrhardt und Major Pabst, die in ihrem gemeinsam gegründeten Verlag das Buch des Schwinders Daubmann-Hummel herausbringen wollten, das wahrlich auch in diesen Verlag gehört hätte. Der lange steckbrieflich verfolgte Putschist Pabst ist übrigens angeblich ein Duzfreund des Herrn von Papen.

Das Ziel dieser Leute sei die Stimmungsmache für das Reichskabinett bei den früheren Offizieren, den nationalen Vereinigungen und den sogenannten überparteilichen Bündeln.

## AUS DEM INHALT:

Bullerjahn — der deutsche Dreyfuß.  
Auch Braun war für einen Reichskommissar  
Krieg dem Luft- und Gaskrieg.  
Geist von Gayl.  
Der Kampf um den Lohn.  
Frankreichs Eroberungskrieg in Marokko.  
Spanien organisiert die Bodenreform.  
Woran Streiks verloren gehen!

Durch die Gründung einer „Front der Soldaten“ sollen weite Schichten des Bürgertums von den Nationalsozialisten abgezogen werden. Zusehrend und Aufsätze, die an die Presse geschickt werden, sollen zum Austritt aus der NSDAP auffordern, und die ganze Aktion soll kurz vor der Reichstagswahl durch Kino und Rundfunk unterstützt werden.

Wenn die Angaben des „Tatkreises“ richtig sind, was wir für sehr wahrscheinlich halten, so sehen wir hier eine geschickte Propaganda-Methode des Reichskabinetts, die es der Reichsregierung ermöglicht, ebenso wie im Klepper-Ausschuß, jede finanzielle Beteiligung dementieren zu können.

## Otto Braun bei Hindenburg.

Stundenlange Konferenzen — Geheimnis-Krämereien!

Berlin, 29. Oktober.

Der preußische Ministerpräsident Otto Braun ist am Sonnabend mittag um 12.15 zum Reichspräsidenten von Hindenburg gefahren. Die Unterhaltung, die mehrere Stunden dauert, ist bei Redaktionsschluß noch nicht beendet. Der Reichskanzler von Papen nimmt an der Besprechung teil.

Die kommissarische Regierung Preußens hat Vorschläge über die Reform der Verwaltung Preußens in einer Nachtsitzung vom Freitag auf Sonnabend erörtert, will jedoch mit einer Mitteilung darüber erst herauskommen, wenn eine Mitteilung über das Gespräch zwischen Braun und Hindenburg erfolgt.

So rücksichtsvoll dies auch in bezug auf die Behandlung der alten Preußen-Regierung aussehen mag, so düster sind die Aussichten, die sich aus der bisherigen Geheimniskrämerei ergeben.

Es wird gut sein, die Erwartungen in bezug auf das Ergebnis der Verhandlungen ziemlich negativ einzurichten.

### „Hohe Besuche.“

Am 28. Oktober empfing Hindenburg den Nazi Sauckel, den Vorstand des Thüringischen Staatsministeriums, der über die Notlage im Thüringer Wald berichtete. — Reichskanzler von Papen will am Freitag, dem 18. November, die württembergische Regierung in Stuttgart besuchen. —

### Arbeitsbeschaffung am Mittellandkanal.

Am Mittellandkanal werden in diesen Tagen die von der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten finanzierten Mehrarbeiten aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung begonnen.

der Aufgabe finden, die der ISK sich gesetzt hat, der Aufgabe, „die Reinerhaltung unseres Ziels durch die Macht des unbestechlichen Charakters zu verbürgen“.

Die Partei, die auf dieser Grundlage aufgebaut ist, steht am 6. November noch nicht zur Wahl. Wem sollen wir an diesem Tag unsere Stimme geben?

Der Gegner, dem die Vertreter der Arbeiterschaft im neuen Reichstag in erster Linie gegenüberstehen werden, ist Herr von Papen oder ein anderer seines Schlages. Es kommt nicht wesentlich darauf an, wie viel sich im Parlament gegen diesen Herrn noch unternehmen läßt; viel oder wenig — was geschehen kann, um ihm sein Handwerk zu erschweren, das soll geschehen. Eine gewisse Erschwerung ist ihm bereits bereitet worden: die Reichstagsauflösung hat öffentlich gezeigt, was Geistes Kind die gegenwärtigen Diktatoren sind. Und derartige Enthüllungen haben sicher nicht dazu gedient, Herrn von Papen in „die geeignete Verbindung zum Volk“ zu bringen, von der er vor dem Mikrophon zu träumen pflegt. Es wird gut sein, Papen auch in Zukunft die Wahl nicht zu ersparen, ob er die Selbstenthüllungen dieser Art forsetzen oder ob er sich einige Hemmungen auferlegen will. Derartige Schwierigkeiten sind für ihn nicht

völlig bedeutungslos, zumal er auch durch den Spruch von Leipzig in „Zwirnsfäden“ geraten ist.

Hieraus ergibt sich, daß es zur Erschwerung des Papenschen Handwerks zunächst zweckmäßig ist, überhaupt zu wählen.

Der Vorschlag eines unserer Leser, Papens Nichtachtung des Parlaments mit einem allgemeinen Wahlstreik zu beantworten, wäre erwägenswert, wenn eine nennenswerte Aussicht bestünde, daß eine solche Parole Gehör fände. Wie aber die Dinge liegen, kommt der Vorschlag nicht in Betracht.

Und die Entscheidung zwischen den beiden großen Parteien? — denn die SAP kommt, wie gesagt, nicht als ein wesentlich neuer Weg in Frage. Es geht hier im wesentlichen darum, ob wir den Weg der Revolution oder den der Demokratie für richtig halten. Unserer Leser kennen unseren Standpunkt in dieser Frage.

Wenn etwas geeignet war, die Aussichtslosigkeit des demokratischen Weges zu zeigen, dann sind es die großen politischen Ereignisse dieses Jahres gewesen. Das bestimmt uns, auch dieses Mal zur Wahl der Kommunistischen Partei aufzufordern.

Trotz der schreienden Mängel der KP. — z. B. der nationalistischen Anleihen, die sie neuerdings in ihrer Anti-Ver-

sailles-Propaganda wloder macht — unterliegt es keinem Zweifel, daß sie nicht daran denkt, den Weg der demokratischen Mitarbeit mit dem Klassengegner zu beschreiten. Hier liegt der wesentliche Unterschied gegenüber der SPD. Und dieser Unterschied hat eine äußerst aktuelle Bedeutung.

Nehmen wir z. B. den „Kampf um Preußen“. Wir können nach dem Verhalten Brauns und vor allem Soverings am 20. Juli nicht erwarten, daß sie den mühseligen und zähen Krieg aufnehmen, der, erforderlich wäre, um sich gegen Papen zu behaupten. Auch der Ton der neuesten Erklä-

rungen der Regierung Braun spricht nicht dafür: „reibungsloses Zusammenarbeiten“ (mit Papen-Braucht) sind die für diesen Ton bezeichnenden Worte. Es liegt aber auf der Hand, daß das Bestreben nach einem derartigen „reibungslosen Zusammenarbeiten“ in Preußen auch die Angriffsfront der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegenüber Papen erheblich herabsetzen muß.

Die Aufgabe, Papen das Handwerk zu erschweren — soweit dies überhaupt im Parlament möglich ist —, ist also bei den Kommunisten sicher besser aufgehoben als bei den Sozialdemokraten.

## Rüstungsdebatte in der französischen Kammer.

### Die Grundzüge des französischen Plans.

H. M. In der außenpolitischen Debatte sprach Léon Blum über Frankreichs Verpflichtung, abzurüsten. Die Wiederaufrüstung Deutschlands glaubt er nur durch eine bald erfolgende allgemeine Abrüstung verhindern zu können. Er wandte sich gegen Bestrebungen, etwa des französischen Generalstabes, einer Aufrüstung Deutschlands nichts in den Weg zu legen, wenn nur zwischen der deutschen und französischen Bewaffnung eine gewisse Spanne erhalten bleibe. Blum wünscht, daß der französische Plan die Begeisterung der ganzen Welt auslösen möge.

Herriot erklärte, daß Frankreich die Hoover-Pläne mit Zurückhaltung aufgenommen habe, weil es ihre Verwirklichung für zu schwierig hielt.

Die deutsche Gleichberechtigungsforderung bedeute auf jeden Fall Aufrüstung. Schleichers Wünsche liefen hinaus auf eine Herabsetzung der Militärdienstzeit auf sechs Jahre, die Ausrüstung der Reichswehr mit schwerer Artillerie und die Schaffung einer Bürgergarde von 30—40 000 Menschen, die auf drei Monate verpflichtet werden.

Um angesichts der deutschen Aufrüstungs-Drohung die Sicherheit Frankreichs zu gewährleisten, könne Frankreich selber aufrüsten. Dies sähe er als Verletzung der Friedensverträge an; außerdem aber befürchte er, daß Deutschland in einem Rüstungswettlauf bald einen Vorsprung gewinnen würde.

Herriot ging dann zu dem französischen Abrüstungsplan über, von dem er folgende Punkte erwähnte:

1. Allgemeines System der Militärdienstpflicht in Europa und Abschaffung aller Bepflichteten, darunter auch der Reichswehr.
2. Reorganisierung der Polizei.
3. Internationale Kontrolle.
4. Ein regionales Abkommen gegenseitiger Unterstützung zur Ergänzung des Locarno-Paktes, das sich auf Europa bezieht und eine Macht darstellt, die jeden Angriff von vornherein verhindert.
5. Amerika müsse die Garantien geben, die es selbst vorgeschlagen habe.
6. Die Mitglieder des Völkerbundes müßten sich verpflichten, die Bedingungen des Artikels 16 (Sanktionen) zu erfüllen.
7. Die Schiedsgerichtsbarkeit müsse obligatorisch werden.

Der Plan erwähnt mit keinem Wort die Abrüstung! Er soll neue Sicherheitsfaktoren schaffen. Wenn wirklich eine Kommission den Rüstungsbestand und die Waffenfabrikation international untersuchen dürfte, so wäre das gewiß ein Fortschritt; nur hat die englische Regierung schon vor Jahren erklärt, und andere Regierungen teilen diese Ansicht, daß die souveränen Staaten sich nicht in ihre Rüstungen hineinsehen lassen könnten.

Es gehört großer Optimismus dazu, mit Blum zu hoffen, daß dieser Plan eine Begeisterungswelle auslöst, und noch größerer Optimismus ihm die Sicherung des Friedens zu hoffen.

## Frankreichs Eroberungskrieg in Marokko.

### Vorstoß gegen die letzte Zufluchtsstätte der Marokkaner

Im verstärktem Maße beschäftigt sich die französische Kolonialarmee seit einigen Monaten wieder mit der „Befriedung“ Marokkos, die darin besteht, daß die in den Gebirgen lebenden Stämme gezwungen werden, sich und ihr Land den französischen Imperialisten zur Verfügung zu stellen. Diese Aktion der französischen Armee geht entweder so vor sich, daß französische Truppen die nichtsahnenden Afrikaner eines Bezirks von dem Verkehr mit anderen Stämmen absperren, oder indem sie einen offenen Kampf mit ihnen beginnen. Ein Hindernis hat sich bei dieser Aktion der französischen Truppen gezeigt: die von ihnen verfolgten Stämme flüchten in das Gebiet des Rio de Oro, das unter spanischer Herrschaft steht, also für französische Truppen unzugänglich ist. Von hier beziehen die Flüchtlinge auch Waffen und Lebensmittel und können sich so besser ihrer französischen Bedränger erwehren.

Das Gelingen des französischen „Befriedungswerkes“ in Marokko ist also durch Rio de Oro gefährdet. Die spanischen Behörden veranlassen, den Marokkanern die Einreise in dieses Gebiet zu verweigern, hätte wenig Zweck, da ja in der Wüste an der Grenze zwischen den beiden Kolonien keine Kette von Soldaten steht, die Pässe verlangen. Der französische Botschafter in Spanien hat der spanischen Regierung einen anderen Weg vorgeschlagen, und die Reise Herriots nach Madrid steht sicherlich in Zusammenhang auch mit diesem französischen Plan. Es handelt sich darum, daß die spanische Regierung französischen Kolonialtruppen den Zugang nach Rio de Oro freigeben sollen. Ein anderer französischer Vorschlag ist, daß die spanische Regierung Rio de Oro gänzlich an Frankreich abtritt — wobei Spanien nicht viel verlieren

würde, da Rio de Oro ein unfruchtbares Wüstengebiet ist — und Frankreich ihm stattdessen die französischen Rechte in dem international verwalteten Tanger abtritt.

Im Interesse der von den Kolonialtruppen verfolgten Marokkaner ist es zu begrüßen, daß der Verwirklichung dieser Pläne noch einige Schwierigkeiten im Wege stehen: Französischen Truppen das Recht einzuräumen, spanisches Gebiet zu betreten, könnte die spanische Neutralität im Fall eines französisch-italienischen Krieges gefährden; es ist daher fraglich, ob die spanische Regierung ein solches Risiko eingehen wird. Was den zweiten Vorschlag anbelangt, so hat Frankreich gar nicht das Recht, Spanien ohne Befragen der anderen Mächte seine Konzessionen in Tanger abzutreten. Tanger wird von Frankreich, England, Italien, Spanien und Portugal verwaltet. Es ist leicht möglich, daß Italien gegen den französischen Plan Einspruch erheben würde.

## Zur Aufrüstung gehört Geld!

### Finanzschwierigkeiten des japanischen Staates.

Der japanische Kriegeminister fordert zum Ausbau der Militärmacht und zur Weiterführung des mandchurischen Eroberungskrieges weitere und größere Geldmittel. Der Finanzminister kann ihm diesen Wunsch nicht erfüllen, da die Staatskassen leer sind. Ueber diesen Konflikt kam es zwischen den beteiligten Ministern zu einem erregten Meinungsaustausch.

Dieser Vorfall bestätigt die bei vielen herrschende Ansicht, daß die Wirtschaftslage Japans so schlecht ist, daß es sich notgedrungen um den Frieden im Osten bemühen wird.

Im englischen Unterhaus wurde das Gesetz, das sämtliche Abkommen von Ottawa enthält, in zweiter Lesung mit 423 gegen 77 Stimmen angenommen.

Der Schanghai-Express ist entgleist, wobei 90 Menschen ums Leben gekommen sind.

## Italiens Außenpolitik:

### Nieder mit der Hegemonie — solange wir sie nicht selber haben.

Zur Zehnjahresfeier des italienischen Faschismus hat der frühere italienische Außenminister Grandi, der jetzt italienischer Gesandter in London ist, im „Popolo d'Italia“ eingehend zur Außenpolitik Italiens Stellung genommen.

In Paris habe man Italien, das freiwillig in den Krieg gezogen sei und in treuer Bundesgenossenschaft mit Frankreich siegreich gekämpft habe, nicht nur verkannt und zurückgesetzt, sondern man habe ihm sogar seine einfachsten Lebensnotwendigkeiten bestritten. Italien befinde sich in einer Periode des Wachstums. Arm an Rohstoffen, in enge Grenzen eingepreßt und in ein Binnenmeer eingefangen, sei es gezwungen, das Gleichgewicht zwischen seinen tatsächlichen Kräften und seinen realen Bedürfnissen, zwischen seinem beschränkten Territorium und seiner starken Vitalität zu finden. Diese Frage habe man in den Friedensverträgen nicht erörtert, sondern man sei auf jene unglückliche Formel der „kolonialen Kompensationen“ verfallen, die natürlich für den italienischen Expansionszwang gänzlich unzureichend und kümmerlich gewesen seien. Deshalb sei eine schrittweise Revision der Verträge notwendig, die u. a.

zu einer Beschränkung der Rüstungen und einer gerechten Verteilung der Kolonial- und Mandatgebiete führe.

Grandi wendet sich dann gegen jeden Plan einer politischen und militärischen Hegemonie, durch die Freiheit und Sicherheit in Europa gefährdet werde. Italien habe Sicherheit nötig, und diese Sicherheit sei nur gewährleistet durch das Gleichgewicht der europäischen Mächte. Voraussetzung dieses Gleichgewichts sei aber die Beseitigung der technischen und juristischen Mißverhältnisse in der Rüstungsfrage. Die Rüstungen müßten auf der gleichen juristischen Basis beruhen.

Die enge Verbindung, die Grandi zwischen den italienischen Kolonialwünschen und der Forderung nach Gleichgewicht der Rüstungen herstellt, zeigt deutlich, was die Glocke geschlagen hat. Das faschistische Italien braucht das Rüstungsgleichgewicht der europäischen Staaten, damit es im Bündnis mit dem nationalistisch verhetzten Deutschland, sich unter Umständen gewaltsam von Frankreich nehmen kann, was es im Versailler Vertrag nicht erhalten hat.

## Der Bürgerkrieg in China.

In der Provinz Fukien, im Süden Chinas, ist die Rote Armee wieder im Vormarsch begriffen. Das japanische Konsulat hat alle Japaner veranlaßt, nach Schanghai überzusiedeln.

Um den Finanzschwierigkeiten Chinas Herr zu werden, beabsichtigt Tschiangkaischek, einen Teil des chinesischen Kronschatzes zu verkaufen.

## Vormarsch der japanischen Armee.

Die japanischen Truppen dringen jetzt in die nordchinesische Provinz Jehol vor. Die Stadt Kailu wurde von japanischen Flugzeugen bombardiert. Die Japaner sammeln ein Heer von 50 000 Mongolen, das, zusammen mit japanischen Divisionen, einen größeren Angriff gegen Jehol vornehmen soll.

## Boykott japanischer Waren in USA?

Die japanische Korrespondenz Nisch-Nitschi berichtet, daß amerikanische Geschäftsleute eine Liste von 60 Waren ausgearbeitet hätten, die für die japanische Einfuhr nach den USA künftig gesperrt sein sollen.

Der japanische Berater bei der mandchurischen Regierung wurde auf einer Reise von chinesischen Freischärlern aus einem Personenzug heraus entführt. Die mandchurischen Behörden versuchen, ihn durch Lösegeld freizubekommen.

## Wieder Unruhen in Brasilien.

Obwohl die brasilianische Regierung nach der Unterwerfung der Aufständischen von Sao Paulo erklärt hatte, sie würde „nur“ die Rädelsführer maßregeln, hat sie nun gegen eine größere Anzahl von Politikern Strafmaßnahmen ergriffen. Dadurch ist die Unruhe im Lande wieder gestiegen.

## „Fall Bullerjahn“ — der deutsche Dreyfuß.

### Zum beginnenden Wiederaufnahmeverfahren.

Am 3. November beginnt vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts das Wiederaufnahmeverfahren gegen Bullerjahn. Vorsitz: Senatspräsident Büniger. Verteidigung: Kurt Rosenfeld. Voraussichtliche Dauer: etwa eine Woche.

Die Interalliierte Militär-Kontroll-Kommission hatte die Aufgabe, die vereinbarte Entwaffnung Deutschlands zu überwachen. Ende 1924 und Anfang 1925 machte sie bei den Berlin-Karlsruher Industriewerken (BKIW) überraschend Haus-suchungen und entdeckte bei dieser Gelegenheit große Mengen von Waffen, Waffenteilen und Werkzeugen zur Waffenfabrikation — lauter, nach dem Versailler Vertrag verbotene Gegenstände. Einen Teil der Durchsuchungen leitete der französische Leutnant Jost.

Es ist wahrscheinlich, daß der offensichtliche Verstoß der BKIW gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages durch eine eingeweihte Person zur Kenntnis der alliierten Behörden gebracht wurde

— eine Mitteilung eines Vertragsbruches, die in der Sprache der Nationalisten und der Richter des Reichsgerichts als „Verrat“ bezeichnet wird. Diesen „Verrat“ soll nach dem reichsgerichtlichen Urteil (vom 11. Dezember 1925) der Ober-lagerverwalter bei den BKIW Walter Bullerjahn begangen haben, und zwar, weil er „zwei zur Verübung der Handlung anreizende Beweggründe, nämlich Rachsucht und Trachten nach Gelderwerb“ gehabt habe. Die „Rachsucht“ soll verursacht gewesen sein durch eine Verwarnung des B., weil er „verdächtig“ war, an Schrottschiebungen beteiligt gewesen zu sein. „Trachten nach Gelderwerb“ wird vermutet, weil B. neben seiner Ehe ein Liebesverhältnis unterhalten habe, das ihn Geld gekostet hätte.

Diese Motive sollen B. zu dem „Verrat“ veranlaßt haben, den ihm das Urteil

### durch eine Reihe von Indizien

nachweisen möchte. Für die Schuld des B. soll seine Kenntnis des Aufenthaltsortes der Waffen sprechen; ferner: daß gerade in seinem Lager und nicht in einem anderen, in dem sich auch verbotene Waffen befanden, Durchsuchungen vorgenommen wurden; ferner daß B. bei einer Unterredung nach der Durchsuchung aufgeregt und nervös gewesen sei, daß er bei einigen der Durchsuchungen nicht zugegen war, obgleich er von der Anwesenheit der Kommission gewußt habe. Dann wird als Indiz die Aussage eines Kollegen von B. gewertet, der schon im Herbst 1924 auf dem Schreibtisch von B. Zeichnungen mit Notizen über Waffenlagerungen und einer Anschrift „An die französische Kontrollkommission in Köln“ gesehen haben will. Schließlich ist B. in den fraglichen Tagen in der Straße getroffen worden, in der der französische Leutnant Jost wohnte. Seine Aussagen über diesen Punkt hielt das Gericht für unglauwürdig.

### Der unbekannte Zeuge

Besondere Bedeutung aber hat man der „Aussage der ungenannten Vertrauensperson“ beigemessen, die für das Reichsgericht „in Ansehung ihrer Glaubwürdigkeit und persönlichen Unbeteiligtheit über jeden Zweifel erhaben“ sei. Drei Zeugen gegenüber — nicht etwa vor Gericht! — hatte sie bekundet, B. sei kurz vor der Durchsuchung bei der englischen Abteilung der Kommission gewesen, um den Verrat anzubringen; die Engländer hätten B. jedoch an die Franzosen verwiesen, und Leutnant Jost hätte ihm als Bezahlung für den Verrat 1200 bis 1400 Mark gegeben. Diese Indizien „zwangen“ das Reichsgericht zu dem Schluß, in B. den Verräter zu sehen — das Reichsgericht hat ihn zu fünfzehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

Gegen dieses Urteil hat der damalige Verteidiger, Dr. Oskar Cohn, Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt, weil er infolge der angestrengtesten Bemühungen, insbesondere auch der Liga für Menschenrechte, in der Lage war, die gesetzlichen Erfordernisse des Wiederaufnahmeverfahrens zu

erfüllen: „neue Tatsachen und Beweismittel beizubringen, die geeignet sind, die Grundlagen des Urteils zu erschüttern“. Die umfangreiche Wiederaufnahmeschrift bringt die neuen Beweismittel vor, zeigt aber vor allem

### die logischen Fehler des Urteils

So heißt es über die Art und Weise der Begründung der Motive von B.:

„Es ist von Bedeutung entweder für die Methodik oder für die irrationalen Quellen des Urteils, wie diese Vorgänge dort... behandelt werden: Der Angeklagte war verdächtig, an der Schrottschiebung beteiligt zu sein; die Weglassung des Buchstaben t beim Wort „verdächtig“ reicht aus — ich will nicht sagen: bezwecke — aus der verleumderten Verdächtigung Gebauers (ohne mit B. verfeindeten) gestellt, der einer der Hauptbelastungszeugen in dem Prozeß war. L.) einen objektiven Tatverdacht zu gestalten.“ Die im November 1924 abgeschlossene Untersuchung betrifft nicht etwa ganz oder hauptsächlich die Schrottschiebung als solche, sondern sie wird hierüber geführt, d. h. über die Beteiligung B.s, deren er „verdächtig“ ist. Die Untersuchung gegen B.s, die allein in der durch Gebauer arglistig veranlaßten Vernehmung B.s bestand, erbringt nicht keinen Beweis für B.s Mitschuld, sondern keinen positiven Beweis; diese Wendung will ersichtlich den Eindruck festhalten, daß B.s nach wie vor „verdächtig“ sei. Dies um so mehr, als im selben Satze — um nicht zu sagen im selben Gedankengang oder in derselben Willensregung — dem verdächtigen, indes nicht „positiv“ überführten B.s aber die schriftliche Verwarnung der Direktion nachgeworfen wird. Den Inhalt der Verwarnung stellt das Urteil nicht fest; der Leser muß — gewollt oder ungewollt — den Eindruck gewinnen, B.s sei der Direktion, wenn auch nicht „positiv“ überführt, so doch noch immer „verdächtig“ ergehen. In Wahrheit — auch dies ist eine neue Tatsache — lautete die Verwarnung, die Untersuchung der Schrottschiebung hätte gezeigt, daß B.s sein Personal schlecht beaufsichtigt.“

Mit Recht wendet sich die Wiederaufnahmeschrift vor allem dagegen, daß die Verurteilung u. a. gestützt ist auf die „Aussage der ungenannten Vertrauensperson“. Inzwischen hat sich herausgestellt, wer

dieser „Mann im Dunkeln“ ist: der derzeitige Generaldirektor der BKIW, Dr. Paul Freiherr von Gontard.

# Krieg dem Luft- und Gaskrieg.

## Behördliche „Luftschutz“-Maßnahmen unzureichend.

R. H. In der „Luftschutz-Rundschau“ (so etwas gibt es in Papen-Deutschland auch) schrieb der Vorsitzende des Präsidial-Ausschusses des Deutschen Luftschutz-Verbandes E. V. einen Artikel über „Maßnahmen gegen Luftangriffe“. Wir entnehmen demselben folgende aufschlußreichen Ausführungen:

„Der Luftgefahr wird nur ein Volk widerstehen, das weiß, daß die Verantwortung für Leben und Eigentum gegenüber der Luftgefahr nicht auf die Behörden allein abgewälzt werden kann, ein Volk, in welchem jeder die Verantwortung für sich selbst und die Seinen auf die eignen Schultern nimmt.“

Die Luftgefahr ist so vielfältig, daß behördliche Maßnahmen nur dann wirksam werden können, wenn sie auf der verständnisvollen Mitarbeit der gesamten Bevölkerung aufgebaut werden können. Die von den Behörden vorbereiteten Hilfsorganisationen werden nur dort eingesetzt werden können, wo Schäden eingetreten sind, die so umfangreich sind, daß ihnen gegenüber Selbsthilfemaßnahmen versagen. Die Feuerwehr kann nicht an zahllosen Stellen zu gleicher Zeit löschen; die Hausbewohner müssen daher kleinere Brandherde möglichst selber sofort ersticken (bei Brandbomben, die eine Hitze von 4000 Grad entwickeln und mit Wasser nicht gelöscht werden können, gibt es keine „kleineren“ Brände, sondern nur große!). Die Sanitätsorganisationen können nicht gleichzeitig alle Verletzten und Gaserkrankten bergen und behandeln. Die Angehörigen müssen daher in der Lage sein, selber erste Hilfe zu leisten. Die Technische Nothilfe kann nicht binnen weniger Augenblicke alle die kleinen Schäden beseitigen,

die ein Luftangriff neben den großen Schäden unweigerlich in Gefolge hat.

In der Tat ist es das Beste, wenn „das Volk“, und insbesondere die Arbeiterschaft, die Verantwortung für ihr Schicksal wirklich selber übernehmen und jetzt schon alle Maßnahmen überlegen und einleiten, die geeignet sind, das wahnsinnige Verbrechen eines neuen Krieges mit Giftgas, Brisanz- und Brandbomben und allem Zubehör in der Vorbereitung zu verhindern. Dazu gehört auch die Stellungnahme gegen den ganzen, nur Illusionen fördernden „Luftschutz“-Rummel. Nur die organisierte Abwehrbewegung gegen jede Kriegspropaganda und nationalistiche Kriegspolitik kann einen wirksamen Luftschutz schaffen, indem sie ihn unnötig macht.

## Die militarisierte Kunstfliegerei oder vom Sinn der sogenannten Großflugtage.

Aus Anlaß eines Großflugtages in Celle schrieb die lokale „Cellesche Zeitung“ am 14. Oktober:

... wer weiß, wie bald wir diese verwegenen Luftakrobaten nötig haben.

Auf ihnen allein beruht unser Kampfflieger Nachwuchs und den wollen wir uns erhalten allen Verträgen zum Trotz.

Und wenn es dem Staat, der eigentlich der Berufene wäre, verwehrt ist, sich dieses Nachwuchses anzunehmen, dann ist es unsere Pflicht, die Kunstfliegerei solange über Wasser zu halten, bis die heute schon gelockerten Fesseln ganz gefallen sind ...

## Hitler züchtigt den „Stahlhelm“ wegen eines „Bubenstreichs“.

Adolf Hitler hat eine Erklärung zu der Veröffentlichung des „Stahlhelms“ über den Pg. Prinzen Auwi von sich gegeben, in der er mächtig loschimpft: „mit diesem erbärmlichen Versuch“ sei der Prinz, „dessen uneigennützigste Arbeit am Aufbau einer deutschen Volksgemeinschaft wir alle kennen“, „uns deutschen Männern erst recht ans Herz gewachsen“. Die beste „Antwort auf diesen Bubenstreich“ werde die — „Zukunft“ geben. — Wenn Lächerlichkeit töten würde, dann wäre es um die Harzburger Brüdergemeinde schlecht bestellt.

## Noch einer, der sich lächerlich zu machen wünscht.

Der Präsident des berüchtigten Herrenklubs, ein Graf Hans-Bodo von Alvensleben, gibt eine „Erklärung“ ab gegen die „demagogische Agitation von Nationalsozialisten und Marxisten“. Er dementiert im Brustton der Ueberzeugung etwas, was niemand im Ernst behauptet hat: Es sei „kein wahres Wort“ an der Behauptung, daß „der Klub als solcher“ „Einduß auf von Papen und Gayl genommen habe“. Zweck des Klubs sei es „lediglich“, „politischen Persönlichkeiten „Gelegenheit zu politischer Aussprache zu geben und damit der Sammlung und Information“ zu dienen, also im „geistigen Sinne eine Verbindung zwischen Regierung und Volk“ darzustellen. (Der Präsident des Herrenklubs meint wohl mit „Volk“, das „Volk, dem weder Wasser bei kann noch Feuer“?) Wer den Klub kenne, „kann nur lächeln über die Märchen“. „Wir sollen den Sturz von Brüning veranlaßt und die Berufung von Papen durchgesetzt haben! Dabei weiß doch jeder politische Laie, daß der Reichspräsident von Hindenburg seine Entscheidungen völlig unabhängig trifft.“

Wer diese Märchen des Herrn Alvensleben liest und daran denkt, daß ausgerechnet Papen, Gayl und Schleicher „lediglich“ zur politischen Aussprache, Infor-

mation und Sammlung in den Herrenklub kamen, der kann „nur lächeln“ darüber, wie heutzutage von den Herrenklüblern „Dementis“ fabriziert werden.

## Hitler wollte gern „Lokomotivführer“ werden!

Ein klägliches Gejammer war vom großen Adolf in einer Versammlung am 23. Oktober in Weimar zu hören. Er verglich die Reichsregierung mit einem Eisenbahnzuge, in dem er nicht eingestiegen sei, weil der Zug nicht dahin fährt, wo er (Hitler) hin wollte. Er habe keine Lust, nach kurzer Zeit „wieder auszusteigen“. Der Zug werde entgleisen. Warum habe man ihn nicht als — Lokomotivführer auf die Maschine gelassen?

## Hitlers Zelte stürzen ein.

Das Riesenzelt für die Hitler-Kundgebung in Neumünster wurde durch Sturm und Regen so schwer beschädigt, das Hitlers Wahlversammlung nicht stattfinden konnte, da kein geeigneter Saal zur Verfügung stand.

Bei der Untersuchung der Leiche des Wiener Hitlerjüngers Grün konnte nicht nachgewiesen werden, daß der Tod durch Gewaltanwendung verursacht worden ist.

## Ausschalten! Und zwar durch Abbestellen!

Am Mittwoch erschien in der Berliner Funkstunde unter der Devise: „Wir stellen vor ...“ Herr Dr. Kleo Pleyer, vom Ansager vorgestellt als Teilnehmer am Münchener Hitler-Putsch. Der Generalsekretär der Zentrumsparlei hat wegen Pleyers Rede, in der u. a. das Zentrum als eine undeutsche Bewegung angegriffen würde, bei Herrn von Gayl protestiert.

Leider bezahlen noch immer Arbeiter die schmutzige Rundfunk-Propaganda!

Sie wischt die nassen Hände an der vielfach geflickten und doch nicht heilen Schürze ab, schaut Günther mit einem bangen Ausdruck, mit Angst und Besorgnis ins Gesicht.

„Tag, Frau Strugalski, ich komme von der Zeche.“

„Von der Zeche? — Ist meinem Mann was passiert?“

Er nickt mit dem Kopfe, die Worte wollen nicht heraus.

„Jesus, Maria“, schreit da das Weib auf. „Er ist tot.“

Sie schlägt die Hände vor das Gesicht, läßt sich auf den nächsten Stuhl fallen, weint und schluchzt. Als das die Kinder sehen, fangen auch sie an zu weinen und nach dem Vater zu schreien. Die Älteste aber geht mit dem Säugling still hinaus. Günther fühlt sich nicht wohl in seiner Haut, möchte sich am liebsten durch die Tür verdrücken. Aber erst muß er die Frau noch etwas beruhigen.

„Nicht so verzweifelt sein, Frau Strugalski“, spricht er,

„so schlimm ist es nun doch nicht. Ihr Mann ist nicht tot.“

Die Frau löst die Hände vom Gesicht, ein Hoffnungsschimmer breitet sich über ihr verweintes Gesicht.

„Ist das auch wirklich wahr, oder wollen Sie mich nur vertrösten?“

„Es ist bestimmt wahr, liebe Frau. Ich war doch dabei,

bin sein Kumpel und habe ihn mit ins Krankenhaus gefahren.“

„Wo ist er denn? Ist es schlimmer mit ihm?“

„Er ist unter einen Stein gekommen und hat ein paar Quetschungen davongetragen. Ins St.-Josef-Hospital haben wir ihn gebracht.“

„Da will ich sofort zu ihm gehen“, erwidert die Frau, die nun ihre Fassung wiedergewonnen hat. „Aenne“, ruft sie ins Vorderzimmer, „du paßt mir schön auf. Laß die Wäsche stehen, bis ich wiederkomme. Den Kindern gib ein Butterbrot, wenn sie aus der Schule kommen und die Kartoffeln setz ab, wenn sie gekocht haben.“

Günther spricht noch einige beruhigende Worte zu ihr, verabschiedet sich. Sie hört nicht mehr, was er sagt, weil mit ihren Gedanken schon im Krankenhaus bei ihrem Lebens- und Elendsgefährten, der nun so plötzlich von ihrer Seite, gerissen wurde.

Als Günther auf die Straße tritt, beginnt es zu schneien.

Große, weiße Flocken wirbeln herab, werden von den Kindern erhascht, zerrinnen in ihren Händchen zu Wasser. Bald hüllt eine Schneedecke die Straßen, Plätze und Häuser ein, mildert

## Politische Ausschreitungen.

### SA-Leute wegen Handgranatenattentats verhaftet.

Vor einiger Zeit war auf den Sozialdemokraten Kaufmann in Heidersdorf im ehemaligen Kreise Nimptsch ein Handgranatenattentat verübt worden. Auf Grund eines Haftbefehls des Oberstaatsanwalts in Schweidnitz wurden jetzt fünf SA-Leute verhaftet. Wahrscheinlich sind sie auch noch an anderen Sprengstoffattentaten, beteiligt gewesen, doch sind die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen.

### Kölnler NS überfallen.

In Köln-Flittard wurde am Donnerstag abend ein Nazi von mehreren Personen überfallen und leicht verletzt. Das Überfallkommando nahm vier der Beteiligten fest. In der Wohnung eines der mutmaßlichen Täter wurde ein Karabiner, ein Revolver und ein Dolch gefunden. Angeblich ist der Besitzer der Waffen Kommunist.

In der Nacht zum Sonnabend kam es in Köln-Ehrenfeld zu einer folgenschweren Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und den Kommunisten. 13 Personen wurden verletzt. Sechs Personen wurden als Täter festgenommen.

### Papen läßt gegen ihn gerichtete Nazi-Schrift beschlagnahmen.

Nach Mitteilung des „Völkischen Beobachters“ beschlagnahmten am Donnerstag bei der Reichspropagandaleitung der NSDAP Kriminalbeamte, angeblich im Auftrage des Reichskanzlers von Papen, einige Exemplare der nur für Nazi-Redner bestimmten Schrift „Reichskanzler von Papen im Lichte seiner Politik“.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Braunschweig:** Dienstag, 1. November, 20.15 Uhr, Südkl. 8. Thema: Fort mit Papen und Schleicher! Gegen Rüstungswahnsinn und Völkerverhetzung! Redner: Grete Hermann (Berlin).

Freie Aussprache! Eintritt freil!

## HAMBURG

### November-Kundgebung.

Mittwoch, 2. November, im Volksheim, Hammerbrook, Sachsenstraße 21, Großer Saal, um 20.15 Uhr:

**Kollektiv Hamburger Schauspieler:**  
Szenen und Songs. #

**Rede: Maria Hodann (Berlin).**

Eintritt 20 Pfennig. Erwerbslose 10 Pfennig.

### Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit.

Montag, den 31. Oktober, 20 Uhr, im „Klubhaus am Knie“, Charlottenburg, Berliner Straße 27:

**Thea Persius: Der 6. November.**

Unkostenbeitrag: 50 Pf. Für Mitglieder und solche befreundeter Organisationen 30 Pf. Jugend und Erwerbslose 20 Pf. Gäste willkommen!

### Deutsche Friedensgesellschaft.

Berlin-Norden/Nordwesten.

31. Oktober, pünktlich 20 Uhr, Restaurant „Zum kleinen Gewerkschaftshaus“ (Bcs. Velden), Fernstr. 15 (nahe Weddingplatz). Anna Hartoch spricht über: „Was trennt uns von Hindenburgs Reichskuratorium?“ Gäste willkommen!

**BRUNO GLUCHOWSKI**  
**HOHLEN-KULIS**  
REVOLTE AN DER RUHR (16)  
COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 19

Nummer 30 — — 32 — — jetzt kommt 34, die Wohnung Josef Strugalskis. Kinder hocken an zwei Küchenfenstern mit schmutzigen Gardinen, drücken sich die Naschen platt an den Scheiben, schauen sehnsüchtig dem Spiele ihrer Altersgenossen zu. Günther klopft an die Tür, drückt, als ihn niemand öffnet, die Klinke nieder und tritt in den Hausflur ein. Drei Türen münden auf ihn, eine Holztreppe führt nach oben. Er klopft an die erste Tür links, geht hinein. Die am Fenster sitzenden drei Kinder sehen sich um und schauen ihn neugierig an. Nanu, was ist denn das für'n Onkel, denken sie, den haben wir ja noch nicht gesehen. Ein ungefähr sechzehnjähriges Mädchen mit einem plärenden Säugling auf dem Arm kommt aus dem Vorderzimmer, fragt Günther nach seinem Begehre. Er sagt ihr, daß er ihre Mutter zu sprechen wünsche.

„Mutter ist im Keller, waschen“, spricht sie.  
„Dann ruf sie mal herauf, ich muß ihr was bestellen.“

Sie geht hinaus. Aermlisch ist die Einrichtung, aus einem alten Schrank, einer Topfbank, einem wackligen Tisch und einigen Stühlen bestehend. Auf dem Herd, dessen Platte eingesunken ist und mehrere Sprünge aufweist, kocht ein Topf voll Kartoffeln. Kein Wunder, daß dem Strugalski in dieser Behausung keine Lebensfreude aufkommen kann, stellt Günther fest. Das dürftige Mobiliar, der schlechte, muffige Geruch, der in der Luft hängt und den man so treffen, „Armeleutegeruch“ nennt, dazu die Aussicht auf Zeche und Steinhalde und die Unmöglichkeit, diesen Verhältnissen zu entrinnen, das muß ja einen Menschen aufreizen und verbittern. Eine mittelgroße Frau von verhärtetem Aussehen, mit hängenden Brüsten und wirr ins Gesicht fallendem Haar tritt in die Küche, bringt eine Wolke von Seifenlaugen-geruch mit.

durch ihre blendende Weiße für einige Stunden die Unfreundlichkeit der Bergarbeiterkolonie.

Ein Kumpel wurde verkröppt, liegt als halber Krüppel im Krankenhaus. Eine belanglose Sache, wegen der das Leben keinen Augenblick stille steht, nicht in der Grube, nicht in der Kolonie und auch nicht im Ledigenheim. Was will das schon besagen, wenn ein Kumpel von der Kohle halb totgeschlagen wurde; er soll froh sein, daß er noch lebt. Wenn er aus dem Krankenhaus entlassen wird, kann er auf Invalidität feiern, bekommt dann eine kleine Rente, kann seinen Kohl im Garten pflanzen und seine Karnickel füttern, und was das Schönste ist, er braucht nicht mehr auf die Zeche gehn zum Arbeiten, kann sich hinfort den Pütt von draußen ansehen. Er ist noch mit einem blauen Auge weggekommen, was zwar nicht ganz wörtlich zu nehmen ist, aber immerhin am besten auf die Verhältnisse paßt. Er hat noch sein Leben retten können, und das besagt viel, angesichts der Tatsache, daß auf jeden Arbeitstag im Ruhrbergbau fünf bis sieben tödliche Unglücksfälle entfallen. Rund fünfzehnhundert bis zweitausend Tote weist jährlich die Verlustliste der Bergarbeiter-schaft des rheinisch-westfälischen Industriegebiets auf.

1500 bis 2000 Grubenproleten fallen jährlich auf dem Schlachtfelde vor Kohle. Zeche Rhenania ist bekannt als Knochenmühle, es vergeht kein Tag, an dem nicht ein Toter oder Schwerverletzter herausgebracht wird. Seitens der Zechenverwaltung wird bei den Begräbnissen der Kumpels Pietät gewahrt. Der Betriebsführer oder der Herr Inspektor zieht dann seinen Gehrock an, setzt den schwarzseidenglänzenden Zylinder auf, legt sein Gesicht in würdevolle Falten und gibt dem toten Kumpel das letzte Geleit auf den Knochenkamp, wie man hierzulande den Friedhof nennt. Damit hat er seiner Pflicht Genüge getan, und es sieht auch sehr schön aus, so nach Verbundenheit zwischen Beamten und Arbeiterschaft. Außerdem kostet es nicht mehr als einen Händedruck und ein paar teilnehmende Worte für die Hinterbliebenen, ein Abnehmen des Zylinders, wenn der Sarg in seinen Bestimmungsort versenkt wird und drei Hände voll Erde, die dumpf auf die sechs Bretter poltern. Auf der Zeche aber wird in der Markenkontrolle der Name des Toten in der Belogchaftsliste gestrichen und sein Todesfall unter die Rubrik „Bergmannslos“ eingereiht. (Fortsetzung folgt.)

# Der Kampf um den Lohn.

## Lohnabbau abgewehrt.

Die Belegschaft des Metallbetriebes Thorrey in Berlin hatte — wie wir schon berichteten — für den Fall eines Lohnabbaues den Streik beschlossen. Als die Ankündigung des Lohnabbaues nicht zurückgezogen wurde, erfolgte die Niederlegung der Arbeit. Nach 1½ Stunden Streik und weiterer Streikandrohung wurden die alten Löhne garantiert.

Die Glasarbeiter der Firma C. Heye in Roßwein (Sachsen), haben nach kurzem Streik erreicht, daß die Betriebsleitung auf Durchführung der Pape'schen Lohnabbau-Notverordnung „unter Protest“ verzichtete. Die Belegschaft wird restlos wieder eingestellt, das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen.

Die Tarifverträge für die deutsche Handelsschiffahrt sind über den 31. Oktober hinaus in unveränderter Form verlängert worden.

Durch den Streik der Weserschiffer, der am 22. Oktober beendet wurde, sind sowohl die Lohnkürzungen als auch die Manteltarifverschlechterungen, die die Schiffahrtsgesellschaften planten, abgewehrt worden.

Veranlaßt worden war der Streik durch den Einheitsverband der Seelute, Hafnarbeiter und Binnenschiffer (RGO); der freigewerkschaftliche Gesamtverband hatte ihn als „wild“ abgelehnt. Ohne den Streik wären die Unternehmer aber kaum zum Verzicht auf ihre Abbaupläne zu bewegen gewesen.

Die dritte Forderung des Einheitsverbandes, als Tarifpartei anerkannt zu werden, ist nicht durchgesetzt worden. Das Kampfinteresse der Arbeiter erstreckte sich hierauf offenbar nicht. Sie nahmen die Arbeit sofort wieder auf, als die Erhaltung ihrer jetzigen Lohn- und Arbeitsbedingungen bis zum 31. März 1933 zugesagt war.

## Sympathiestreik in Velbert.

In Velbert im Rheinland haben die Belegschaften der Firmen Tillmanns & Meier, Engels & Wenke und die Schlosser der Firma Heidemann am 26. Oktober Sympathiestreiks für die streikende Belegschaft der Firma Kupperschbusch durchgeführt, weil gegen die dort streikenden Arbeiter verschärfte Polizeimaßnahmen angekündigt worden waren.

## Eine Gewerkschaftsversammlung, wie sie leider selten ist.

H. L. In einer Funktionärversammlung des Gesamtverbandes in Frankfurt a. M. sprach kürzlich der Sozialdemokrat Professor Löwe über „Die gegenwärtige Lage in Deutschland“. Seine freimütigen Ausführungen bewiesen, wie notwendig es ist, den Klassenkampf-Gedanken innerhalb der Arbeiterschaft heute zu stärken und den Kampf aufzunehmen. Die Versammlung zeigte durch Aufmerksamkeit und Zustimmung ihr Einverständnis mit dem Redner. Seine Ausführungen richteten sich in der Hauptsache gegen die Führung der SP, obwohl diese mit keinem Wort erwähnt wurde.

Von der Nachkriegszeit ausgehend, zeigte der Redner die Linien der politischen Entwicklung in Deutschland. Schon im Jahre 1918, als die Arbeiter Wirtschaft, Militär und Verwaltung in den Händen ihrer Gegner ließen, entschieden sie über die Politik auch der jüngsten Jahre. Staatsverantwortung für die Arbeiterschaft! Jawohl, aber keine reale politische Macht. Aus dieser falsch verstandenen Staatsverantwortung waren wir (lies: die Führer der SP) in der Regierung nicht immer von nationalsozialistischer Verführung frei. Die Zustimmung zum Bau von Panzerkreuzern ist ein Beispiel dafür. Wie kamen überhaupt die sozialdemokratischen Führer dazu, den sozialistischen Grundsätzen so zuwider zu handeln? Löwe meint — und zwar mit Recht —, daß die Ideologie der Wirtschaftsdemokratie der Grund dafür sei, daß die reformistischen Führer bisher dem sozialistischen Kampf ausgewichen sind.

Der 20. Juli und die Verjagung der SP-Minister in Preußen wurden von dem Redner so beurteilt: Der Erfolg des Verhaltens von Severing ist der, daß verhindert wurde, die nationale Front (Reichswehr, Militär, SA u. s. w.) gegen die Arbeiterschaft aufmarschieren zu lassen. Darüber, was die Arbeiterschaft selber am 20. Juli hätten tun können, sagte der Redner nichts.

Was Löwe forderte: rücksichtslose Selbstprüfung, klare Erkenntnis dessen, was ist, und das sozialistische Ziel unverrückbar ins Auge zu fassen, ist allerdings eine Voraussetzung dafür, bessere Kampfmethoden anzuwenden. Wie soll die Arbeiterschaft den Kampf führen? Rückkehr zur alten Auffassung des Sozialismus; die Arbeiter müssen sich wieder auf die Wurzeln ihrer Kraft besinnen. Zur sozialistischen Politik gehört auch ein Programm für die Bauernschichten, die ihrer Klassenlage nach zur Arbeiterschaft gehören. Die Beibehaltung der kleinstädtischen Betriebe wurde gefordert. Treffend wies der Redner darauf hin, daß die SP zwar ein Agrarprogramm habe, aber zu der Zeit, als sie in der Regierung war, zusammen mit den Deutschnationalen zu Gunsten der Junker Zoll-erhöhungen beschloß, die die Konsumenten, besonders die Arbeiter, belasten.

Politische Chancen der Arbeiterschaft für die nächste Zeit sieht Löwe darin, Fragen der sozialistischen Planwirtschaft hinreichend zu konkretisieren. Durch eine mit wissenschaftlichen Aufklärungsmitteln geführte Wahlpropaganda sei die Zahl der sozialistischen Wähler zu erhöhen. Ein anderer Vorschlag war: stärkere Betätigungsmöglichkeit für die Jugend.

Es ist erfreulich, wenn der Geist des kritiklosen Hinnehmens alles dessen, was von „oben“ kommt, einer ernsten Kritik Platz macht. Das könnte der Gewerkschaftsarbeit nur förderlich sein. Ein Anfang dazu war die Versammlung.

## Adolf Koch wehrt sich!

Am Freitag fanden in dem sogenannten Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Berlin Verhandlungen zwischen Adolf Koch, Dr. Hans Graaz, dem ärztlichen Mitarbeiter Kochs, und einem Vertreter des Ministeriums statt, das das Verbot der Kochschen Körperkulturschule ausgesprochen hatte. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden, doch wurde vereinbart, daß Koch zunächst in einer ausführlichen Denkschrift das Wesen und den Inhalt der Schularbeit klarlegen (darüber informiert sich das hohe Ministerium, nachdem es ein Verbot ausgesprochen hat!) und die juristische Auffassung der Schulleitung darlegen solle. Da die Körperkulturschule Adolf Kochs noch Verträge mit Lehrkräften, Mietsverträge u. s. w. laufen hat, mußte gegebenenfalls

## Am Mittwoch Urabstimmung bei der Berliner BVGI

Die auf Freitag einberufene Arbeiterratssitzung der BVG-Betriebe beschloß einstimmig, am kommenden Mittwoch eine Urabstimmung vorzunehmen über die Frage: Für Lohnabbau oder für Streik?

Die Berliner Alabasterfirmen haben — wie wir berichteten — auf den Streikbeschluß der Arbeiter hin auf Lohnabbau verzichtet. Eine Ausnahme machte allein die Firma Reinhardt in Berlin, deren Belegschaft daher geschlossen in den Streik trat.

## Versammlung der Berliner Aschinger-Belegschaft. Gleiches Maß für alle!

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten hatte für Donnerstag eine Versammlung angesetzt, in der Schneider vom Zentralverband zum Ausdruck brachte, daß der Verband die Interessen der Kollegen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln verteidigen werde. Er griff auch das Verhalten der Kommunisten und der RGO an, die durch ihre Spaltungsbestrebungen die Stoßkraft der Gewerkschaften lähmten. Leider wurde den Spaltungsversuchen des Referenten Brinitzer, der in seiner Rede zur Wahl der SP-Liste aufforderte, nicht entgegengetreten!

## Lohnabbau im Münchener Bäckerberufe.

Von Arbeitgeberseite war mit dem Zwecke eines weiteren Lohnabbaues der seit Anfang dieses Jahres bestehende Lohn-tarif (Spitzenlohn 44 Mark für den Schiefer und Konditor) zum 1. Oktober gekündigt worden. Der Landesschiedlicher hat nun folgende bindende Entscheidung getroffen: Ab 1. Oktober tritt ein neuer Lohn-tarif in Kraft mit einem Spitzenlohn von 42 Mark (Mischer und Konditoren von 20 bis 25 Jahren 38 Mark, Poßler und Konditoren unter 20 Jahren 33 Mark, Bäcker und Konditoren im 1. Jahr nach der Lehre 26 Mark, Kraftfahrer in der Spitze 40 Mark usw.). In Betrieben mit 8 und mehr Gehilfen beträgt der Lohn 1 Mark mehr in der Woche. Die neuen Löhne sind erstmals kündbar zum 31. Dezember.

## Streik bei der Berliner 'Kraftag' zusammengebrochen.

Auf die Gründe des Zusammenbruchs und die Lehren, die die Arbeiterschaft daraus ziehen sollte, werden wir noch berichten.

der preußische Staat — zu Lasten der Steuerzahler! — die entstehenden Kosten zahlen!

Außerdem hat Koch gegen das Berliner Skandalblatt „Wahrheit“ bei dem Generalstaatsanwalt ein Strafverfahren eingeleitet, weil die Schreiber dieses Blattes die Arbeit der Schule mit Prostitution und Kuppelei in Verbindung brachten.

## Wohlfahrtskrachs überall. Beamtenbeleidigung und Betrug.

Vor dem Amtsgericht Berlin-Wedding stand der Erwerbslose Sch. unter der Anklage der Beamtenbeleidigung. Der Angeklagte hatte auf dem Wohlfahrtsamt einen Unterstützungsantrag gestellt, der ihm nach vielstündigem Warten abgelehnt worden war. In Verleumdung der sich darauf entspinne-nden Debatte soll Sch. einen der Amtsgestellten beleidigt haben. Hierfür wurde er zu einer Geldstrafe von 30 Mark verurteilt.

Während der Urteilsverkündung bekam der Angeklagte einen Tobsuchtsanfall.

Der Vorsitzende ließ verständnisvoller Weise die Sache auf sich beruhigen.

Vor demselben Gericht hatte sich dann die 37jährige Schneiderin M. zu verantworten, weil sie das Wohlfahrtsamt

Wedding dadurch betrogen haben soll, daß sie neben den ihr gewährten Unterstützungspennungen angeblich Arbeitsverdienst gehabt hat. Die schwer lungenkränke Angeklagte gibt auch zu, mehrere Wochen lang etwa 4 Mark die Woche nebenbei verdient zu haben, aber sie führt zu ihrer Verteidigung aus, daß sie diesen „Nebenverdienst“ von 4 Mark restlos aufgebraucht habe, weil das Wohlfahrtsamt ihr jeden Antrag auf Mietbeihilfe oder Sonderunterstützung abgelehnt und ihr wöchentlich nur 10,85 Mark bewilligt habe, wovon sie nicht nur leben, sondern auch noch ihre Wohnungsmiete und sonstige Ausgaben bestreiten sollte. Außerdem habe sie nicht gewußt, daß sie verpflichtet war, ihren Nebenverdienst dem Wohlfahrtsamt zu melden.

Das Gericht verurteilte die bisher unbescholtene Angeklagte wegen Betruges zu 2 Wochen Gefängnis.

## Woran Streiks verloren gehn. Soll man Unorganisierte unterstützen?

W. H. Wir berichteten bereits, daß in der Grohner Wandplattenfabrik in Bremen die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Es ist durch den Streik nicht gelungen, den durch Schieds-spruch gefällten Lohnabbau von 3½ Prozent rückgängig zu machen.

Dieser Schieds-spruch war bereits eine Kompromißlösung: Die Werksleitung hatte zunächst 15 Prozent Lohnabbau geplant. In einer Belegschaftsversammlung wurde jedoch mit 133 gegen 47 Stimmen der Streik beschlossen. Der Fabrikarbeiter-Verband zahlte an seine Mitglieder Streikunterstützung.

lehnte es aber ab, sich um die Unorganisierten zu kümmern. Der Streik ist zusammengebrochen, weil ein Teil der gar nicht oder (von der IAH) wenig unterstützten Unorganisierten wieder in den Betrieb hineinging.

Eine ernste Frage ist, ob die Gewerkschaften nicht kampfwilligen unorganisierten Kollegen helfend beispringen sollten,

damit vermieden wird, daß diese der Streikfront in den Rücken fallen. Auf keinen Fall sollte man daraus eine Prinzipienfrage machen. Ganz abgesehen davon, daß jeder verlorene Streik ein Schlag in das langsam wieder erstarkende Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft ist, sollten sich die Gewerkschaften überlegen, ob sich nicht bei einzelnen Streikaktionen schon aus propagandistischen Gründen die Unterstützung Unorganisierter empfehle. Dazu kommt, daß es sich bei den Unorganisierten zu einem beträchtlichen Teil um ehemalige Organisierte handelt, die auf Grund trüber Erfahrungen die Gewerkschaften verlassen haben. Wenn die Gewerkschaften jetzt ihnen gegenüber solidarisch sind, könnte wahrscheinlich zu vielen von ihnen eine Brücke geschlagen werden.

Die gemeinsame Ausbildung „der jungen Leute aus den Wehrverbänden“ — wie es so schön heißt —, die unter der Obhut des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung steht, hat bereits begonnen, in der Lehrschule in Döberitz. Dieses Institut wurde am Donnerstag von dem zu seiner ersten Sitzung zusammengetretenen Reichskuratorium besichtigt.

Als König Boris von Bulgarien vor dem Parlament mit der Verlesung seiner Thronrede „begonnen“ wurde, stießen die kommunistischen Abgeordneten dazwischen: „Nieder mit der faschistischen Regierung!“ Die übrigen Abgeordneten stürzten sich auf sie und prügeln die 31 Kommunisten aus dem Saal. In seiner Rede kündigte der König scharfe Maßnahmen gegen umstürzlerische Elemente an.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a, Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 26/29.

<b>Ersiklassige Maßarbeit</b> Herren Anzüge, Mäntel Damen Mäntel, Kostüme Tadelloser Sitz	<b>Das Haus der guten Schuhe H. Ebel</b> Berlin N 65, Maxstr. 27 Reinickendorf, Residenzstr. 97/98 Telefon: D 6 Wedding 2358 Bei Vorzeig. d. Inserates 5% Rabatt!	Freunde und Leser des „Funke“! <b>Unterstützt Eure Zeitung!</b> Werbt Abonnenten. Sammelt Anzeigen. Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!
<b>Schönheit</b> MAGDEBURG Johannisbergstr. 10, III. Stoffmuster vorrätig.	Anfertigung eleganter <b>Damengarderobe</b> und <b>Reformkleidung</b> <b>J. Fürchtenicht</b> Göttingen, Nikolausberger Weg 67.	

### Sonnenblumen-Öl

kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.

5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier.  
Kanne 1,— RM Pfand.

### Frischkost-Reformhaus

Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

## BERLIN KAMERA

Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987.  
Ab 28. Oktober:  
Die off. Uraufführung des Sowkino-Films: **„Waldmensch“**  
Regie: Alex Litwinow.  
Beiprogramm: Uraufführung „Diamanten“, Neue Fassung Fischinger Nr. 8: „Riesen des Urwaldes“.  
Anfangszeiten: 17, 19 und 21 Uhr.

## Werbeprospekte Zeitungen Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt **A. Janiszewski**  
Buchdruckerei und Verlag, GmbH  
Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf: Sammelnummer FI Moritzplatz 5471

## Von der Kunst, zu philosophieren.

Von Leonard Nelson.  
35 Seiten. Geheftet 0,45 Mark.  
Sonderdruck aus der seit langem vergriffenen Schrift: „Die Reformation der Philosophie durch die Kritik der Vernunft.“

„Wie alle Arbeiten Nelsons zeichnet sich auch diese durch vortreffliche Klarheit und Schärfe der Gedanken aus. ... An dem Buche darf keiner, der sich für philosophische Fragen interessiert, vorbeigehen.“  
„Wissenschaftlich-pädagogische Rundschau“ Nr. 41.  
„Ein Buch, gerade auch für Arbeiter. Die einfache und klare Sprache macht das Buch für jeden Arbeiter verständlich. Das Buch enthält keine für den Arbeiter unverständlichen ‚Professorenweisheiten‘, sondern jeder Gedanke wird klar entwickelt.“  
„Der Funke“ Nr. 86.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8 a.  
Postcheckkonto Berlin 818 42.

# Geist von Gayl, dargebracht dem Verein Berliner Presse.

Hk. Herr von Gayl hat am Freitag vor dem Verein Berliner Presse über seine Pläne zur Umänderung der Verfassung gesprochen. Er bewies auch bei dieser Gelegenheit, daß „Heimatboden“, Geschichte und Autorität, die festgerammelten Grenzposten sind, die den Horizont derer von der Reichsregierung unumstößlich einschränken. Der Aerlichkeit dieser „Ideen“, nach denen hier mit einem großen Volk herumgestümpert wird, entsprach die Unterwürfigkeit der Gesinnung, die der Vorsitzende des Vereins Berliner Presse in dem Satz zum Ausdruck brachte, in dem seine Begrüßungsansprache gipfelte: „Auf Hindenburgs Augen beruht heute der Staat.“

Nachdem so das Niveau des Abends angeschlagen war, führte Herr von Gayl u. a. folgendes aus:

1. Die Vorarbeiten, die der Reichsregierung für ihre Verfassungsreform zur Verfügung stehen, sind: Die Ergebnisse der Länderkonferenz, die sorgsam Ausarbeitungen des Bundes zur Erneuerung Deutschlands und die vor einigen Jahren erschienenen

## Darlegungen des Geheimrats Hugenberg.

2. Reich-Preußen. Aus der Konstruktion (1) der Weimarer Verfassung hat der Staatsgerichtshof juristisch die Folgerung gezogen, daß die eigene Willensbildung des preussischen Staates gegenüber dem Reich und den eigenen parlamentarischen Körperschaften in der Hand der von den übrigen Staatsgeschäften entbundenen bisherigen Regierung verbleiben muß. Wer versucht, die Dinge vom praktischen Standpunkt... zu durchdenken, der kommt zu der zwingenden Erkenntnis, daß die versuchte Lösung sehr schwer durchführbar ist. Das Urteil weist aber selbst darauf hin, daß der Herr Reichspräsident unter bestimmten Voraussetzungen die Maßregeln treffen kann, die zur Erzielung einer einheitlichen Politik in Reich und Preußen notwendig erscheinen.

(In der fraglichen Stelle der Leipziger Urteilsbegründung wird dem Reichspräsidenten das Recht zugesprochen, „in pflichtgemäßem Ermessen“ über die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die gesamten staatlichen Machtmittel des Reiches und Preußens in eine Hand zusammenzufassen, um die Politik des Reiches und Preußens in eine Bahn zu leiten.“ Die Hugenberg-Presse hatte sich bereits vor der Gayl'schen Rede „aus unterrichteten Kreisen“ die Auffassung mitteilen lassen, daß

auf Grund dieser Entscheidung des Staatsgerichtshofes der Reichspräsident mit den Ländern machen dürfte, was er wolle,

gebunden „allein durch die pflichtmäßige Sorge für die geschichtliche Einheit von Reich und Volk“. Hier hat wohl einer der willfährigen „Rechtslehrer“ seine Advokatenkunst Herrn von Gayl zur Verfügung gestellt.)

3. Aenderung des Finanzangeleichs mit dem Ziel, daß Länder und Gemeinden wieder die Aufgaben selbständig übernehmen und durchführen können, zu deren Erfüllung bisher Mittel vom Reich erbeten werden mußten.

(Offenbar eine Konzession an die Bayern, die in einem fortwährenden Finanzhohheit gerufen haben. Wir halten aber die Süddeutschen nicht für so dumm, daß sie sich mit dieser Konzession die Zustimmung zu einer schrankenlosen Reichsgewalt [Punkt 2] entlocken lassen.)

4. Stärkung der Rechte des Reichsrats oder Einrichtung einer „beratschlagenden Kammer“. (Offensichtlich eine Konzession an die Zentrumsforderungen, wie Kasseler entwickelt hat. So versucht der „von Parteien unabhängige“ Herr von der Reichsregierung, unter den Parteien Dumme zu fangen.)

5. Aenderung des Artikels 64 der Reichsverfassung, nach dem die Regierung des Vertrauens des Reichstages bedarf. Aber: „nach Möglichkeit“ soll durch diese Aenderung „das Recht des Reichstages nicht unnötig eingesengt“ werden. (Welches unglückliche Maß an Dummheit setzt Gayl bei seinen Hörern voraus! Auch die nächste Forderung bietet dafür ein Beispiel.)

Wenn man das Verfahren gegen B. studiert hat, so muß man sich dem Verteidiger in vollem Umfange anschließen, wenn er sagt:

„Ich darf meine Überzeugung nicht verschweigen, daß die Anmaßung der Rolle einer Vertrauensperson, die vorläufig ihren Namen nicht genannt wissen will, und die Bereitschaft, der Suggestion des großen Namens und der sozialen Hochstellung von Gontards zu unterliegen, das Verfahren gegen B. von Anfang an in eine falsche Richtung gedrängt und es bis zum Ende in verhängnisvoller Weise beeinflusst hat.“

Die Suggestion des Namens und der sozialen Stellung ist so stark, daß darüber ein klares und zwingendes Gesetz zerbricht.“

Wer ist nun dieser Herr von Gontard? Zwei Umstände genügen, um ihn zu kennzeichnen.

Im Jahre 1907 bemühte sich G. in seiner Eigenschaft als Direktor der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken AG um einen Auftrag auf Maschinengewehre für das deutsche Heer. Um diesen Auftrag zu erhalten, wollte G. dem Kriegsministerium vortauschen, daß das französische Heer in der Bewaffnung mit Maschinengewehren dem deutschen bei weitem voraus sei. Er stiftete daher den Pariser Vertreter seiner Firma zu dem Versuch an, einen Artikel mit einer erlogenen Nachricht über die Verdoppelung der von der französischen Heeresleitung in Aussicht genommenen Anzahl von Maschinengewehren in einer der bedeutendsten französischen Zeitungen, dem „Figaro“ erscheinen zu lassen. Wie weit dieser Versuch gelang, und ob seine Gesellschaft einen größeren Auftrag bekam, ist nicht bekannt, spielt auch für die moralische Beurteilung dieses Mannes keine Rolle. Schon Erxberger hatte in einer großen Rede im Reichstag im Jahre 1913 von dem Verhalten des G. gesagt, „es grenze an Landesverrat“.

Nicht ein anderer Umstand kennzeichnet diesen Mann. Er ist 1929 aus der Leitung der BKIW ausgeschieden, und zwar gegen seinen Willen und unter Umständen, die die gesamte hieran interessierte Öffentlichkeit veranlaßt hat, G. sowohl der Urkundenfälschung wie der Erpressung zu bezichtigen. So hat G. als er befürchten mußte, im Zusammenhang mit dem Verlust seiner Stellung bei den Industriewerken nicht wieder in den Aufsichtsrat der Daimler-Benz-Werke gewählt

6. Das Wahlalter soll um „etwa“ fünf Jahre heraufgesetzt und den „selbständigen Familienernährern“ sowie den Kriegsteilnehmern soll eine Zusatzstimme gewährt werden; aber: der Gedanke, daß die Regierung das gleiche Wahlrecht aufheben wolle, sei völlig abwegig! Durch die Zusatzstimme für Kriegsteilnehmer soll diesen der Dank des Vaterlandes zum Ausdruck gebracht werden. (Das erscheint nötig, nachdem er in den gestrichenen Renten nicht mehr zum Ausdruck kommt. Wir halten es für möglich und wünschen es sehr, daß Herr von Gayl sich in seiner Ein-

schätzung der Stimmvieh-Qualitäten der Kriegsteilnehmer erheblich in die Finger schneidet. Wieso Familienväter mehr Stimmen erhalten sollen, bleibt ganz unklar. Vater werden ist nicht schwer; Vater sein dagegen sehr!)

Gayl schloß mit der verdrehten Behauptung: „Es geht um Deutschland!“ Worum es geht, ist etwas anderes: es geht darum, daß die Arbeiterschaft sich endlich zusammenrafft, um Gestalten, wie der hier vorgeführten, eine Tätigkeit zuzuweisen, die ihrem Können entspricht.

## Auch Braun war für einen Reichskommissar. Wenn auch mit anderem Titel.

In einer Ansprache am Mittwoch hat Otto Braun erklärt, daß er kein grundsätzlicher Gegner einer Zusammenlegung gewisser Ministerien im Reich und Preußen gewesen sei.

Die „Münchener Telegramm-Zeitung“ teilt nun mit, wie sich Braun die Besetzung des „Dualismus zwischen Reich und Preußen“ gedacht hat. Er habe an einem bestimmten Tage den Reichsfinanzminister Dietrich zum preussischen Finanzminister ernennen wollen. Diese Ernennung habe die

letzte Amtshandlung Brauns sein sollen. Er habe dann sofort als Ministerpräsident zurücktreten und Dr. Brüning zum preussischen Ministerpräsidenten wählen lassen wollen. Dieses Vorgehen habe Braun Brüning schon vorgeschlagen vor der Landtagswahl in Preußen. Er habe aber auch nach der Wahl den Plan noch als durchführbar angesehen. Lediglich das Zögern Brüning's, der sich nicht zu raschem und energischem Handeln entschließen konnte und der Regierungswechsel im Reich hätten die Durchführung dieses Braunschen Planes vereitelt.

Wir müssen gestehen, daß wir leider nicht sehr an der Richtigkeit dieser Meldung zweifeln können. Sie enthüllt ähnliche Dinge, wie seinerzeit Herr von Gayl über sein Gespräch mit Sevorin.

## Die für Papen „zuverlässige“ preussische Polizei.

Sie verwarnt sogar aktive Minister –  
natürlich nur Sozialdemokraten.

Wir hatten vor einigen Tagen von der Hugenberg'schen Hetzrede in Kassel geschrieben und daran die Feststellung gehängt, daß Hugenberg das Wort nicht entzogen wurde. Gleichsam um das damalige Verhalten der Polizei noch zu überbieten, hat diesmal bei einer Wählrede des amtierenden preussischen Kultusministers Grimme ein Polizeioffizier ihn verwarnt, ohne daß dieser Uniformträger aus dem Dienst entlassen worden wäre. Ein besonders lehrreiches Beispiel für die innere Brüchigkeit der Phraseologie der heutigen Machthaber von der „Notwendigkeit einer autoritären Staatsführung“. Herr Grimme, als höflicher Sozialdemokrat, redete der mit Recht empörten Versammlung gut zu, diesem Volksgenossen den guten Glauben zuzubilligen, er erfülle mit dieser Maßregelung (des höchsten preussischen Kultusbeamten durch einen subalternen Offizier) seine Pflicht.

Im übrigen redete Grimme über den von der Sozialdemokratie und gerade von ihm her besonders bekannten greulichen Mischmasch von „Volkswohl“ und „Volksgemeinschaft“; er verurteilte Hitler, weil der die Pflicht zur gemeinsamen Arbeit „aller Volksgenossen mit allen Volksgenossen nicht geachtet und damit die Tatsache vernachlässigt hätte: Parteilosen sind an Zahl kleiner als die Volksgenossen“, u. s. w., u. s. w. bis zum triumphierenden Schluß: „Wir wollen in Deutschland und unter den Völkern die Solidarität aufrichten!“

## Arbeiter, lern von Euren Klassengegnern! Burgfrieden zwischen Nazis, Deutschnationalen und „Stahlheimern“.

Die Führer der NSDAP, der DNVP und des „Stahlhelms“ in Hamburg beschlossen am Donnerstag in einer gemeinsamen Zusammenkunft einen Burgfrieden. Sie verpflichteten sich, „bei voller Würdigung der sachlichen Gegensätze“ in der Öffentlichkeit Frieden zu halten zwischen den einzelnen Gruppen, gegenseitige Versammlungsstörungen zu unterlassen und in der Presse, in Flugblättern und Plakaten ehrenrührige und persönliche Angriffe und Herabsätzungen zu vermeiden.

## Das setzt der Verfassung die Krone auf!

Die „Vereinigten Vaterländischen Verbände“ Deutschlands sind wieder lebendig und haben eine Entschliebung zur politischen Lage gefaßt, der wir folgende Sätze entnehmen: „Wir sehen in der nationalen Reichsregierung das erste Kabinett seit dem Umsturz, das mit Entschlossenheit...“

Eine solche Regierung bedarf aber der Unterstützung aller nationalen Kräfte, um die große Verfassungs- und Reichsreform durchzuführen, deren Krönung das Hohenzollern-Kaisertum sein muß...“

## Seinen zehnjährigen Bestand

folerte der Verband der Preussischen Landgemeinden. Von diesem Verband wurde unter anderem im August 1932 ein Arbeitsbeschaffungsprogramm veröffentlicht, der berühmte sogenannte Gereke-Plan.

# Demokratie – Diktatur – Führerschaft.

(Die Lehren der deutschen Revolution.)

Öffentliche Diskussion im großen Saal der „Sophiensäle“, Sophienstraße 18.  
am Donnerstag, dem 3. November, 20 Uhr.

Als Diskussionsredner sind bisher gemeldet:

Heinrich Brandler (KPD-O), Willi Eichler (ISK), Karl Emonts (SPD)  
Hugo Urbahns (Leninbund).

Das einleitende Referat hält Maria Hofmann (ISK).

Eintritt 20 Pfg.  
Für Erwerbslose 10 Pfg.

Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund.  
Ortsverein Berlin.

zu werden, einem bekannten Großindustriellen einen Brief geschrieben, in dem es heißt:

„Falls ich in der morgigen Generalversammlung nicht wieder zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt werden sollte, werde ich in der Daimler-Angelogenheit einen Skandal à la Bar mat inszenieren, bei dem... die Hauptrolle spielen wird.“

Von einem Strafverfahren gegen G. wegen dieser Erpressung ist bisher noch nichts bekannt geworden.

So sieht der Zeuge aus, auf dessen Aussage im wesentlichen die Verurteilung B.s aufgebaut wurde.

## Neue Tatsachen und Beweismittel

Durch die Aufhellung der Persönlichkeit des G. ist nicht nur die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen völlig erschüttert, sondern es ist auch dargetan, daß G., entgegen der Annahme des Reichsgerichts, keineswegs unbeteiligt ist an dem Verfahren gegen B., daß er vielmehr ein äußerst großes persönliches Interesse an dem Ausgang des Verfahrens hatte. Damit entfällt bereits ein Hauptargument des Urteils gegen B. Darüber hinaus konnte durch Befragung des französischen Leutnants Jost, die der Journalist Berthold Solomon in Nancy erreichte, festgestellt werden, daß die Behauptungen des Urteils bezüglich der Besuche des B. bei Leutnant Jost und der Bezahlung des B. durch Jost unrichtig sind. Ebenso konnte durch die Befragung eines anderen französischen Offiziers, des Leutnants Strieder, der seinerzeit bei der französischen Abteilung der Kommission war, durch den verstorbenen Paul Levy in Paris Wichtiges festgestellt werden. Diesem Offizier ist ebenfalls nichts davon bekannt, daß B. den Verrat begangen hätte.

Zu allem Ueberfluß ist der Verteidiger von B. in der Lage, dem Gericht zu beweisen, wer die Nachricht über das Waffenlager bei den BKIW an die Militär-Kontroll-Kommission verraten hat. Es ist dies der ehemalige französische Agent Eduard Bieuz, der in Basel wohnt und schon früher wegen Landesverrats oder wegen Verrats militärischer Geheimnisse in Deutschland verurteilt worden ist. Auch für diesen Umstand hat der Verteidiger den Beweis angetreten.

Der Fall B. hat seit Jahren erhebliches Aufsehen in Deutschland hervorgerufen.

Wenn dieser Fall nicht ebenso wie in Frankreich der „Fall Dreyfus“ eine Volksbewegung gegen diese Fehljustiz hervorrief, so offenbar nur deshalb, weil sich das Rechtsgemühl des deutschen Volkes nicht ebenso lebendig und kraftvoll gegen dieses schreiende Unrecht aufbäumt.

Es hat in Deutschland nicht an Stimmen gefehlt, die immer wieder und wieder darauf hinwiesen, daß hier ein Unrecht geschah, dessen Wiedergutmachung unter allen Umständen notwendig ist. Auch eine ganze Reihe der bekanntesten deutschen Strafrechtler, wie Kahl, Radbruch, Goldschmidt und Kohlrusch, haben sich in ausführlichen Gutachten darüber ausgesprochen, daß die rechtlichen Voraussetzungen für das Wiederaufnahmeverfahren unter allen Umständen gegeben seien. So hat der verstorbene Geheimrat Kahl in seinem Gutachten sogar gesagt, „daß die materielle Gerechtigkeit eine Wiederaufnahme hier nicht nur zuläßt, sondern direkt erfordert“. Trotz dieser Gutachten hat sich das Reichsgericht und insbesondere der Oberreichsanwalt jahrelang gestraubt, die Wiederaufnahme des Verfahrens zuzulassen.

Erich Lewincki, Rechtsanwalt.

## Für die Verteidigung Bullerjähns

sammelt die Deutsche Liga für Menschenrechte finanzielle Mittel. Sie erbittet freiwillige Spenden auf ihr Postscheckkonto: Berlin 212 55.

## Vor dem Wiederaufnahmeprozess Bullerjahn.

Unter diesem Titel veranstaltet die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ am Dienstag, dem 1. November, 20.15 Uhr, vier Ortsgruppenversammlungen, und zwar:

Für Schöneberg und Wilmersdorf im „Roten Haus“, Nollendorferplatz 3. Referent: Dr. Rudolf Oiden.

Für Charlottenburg im „Klubhaus am Knie“, Berliner Straße 27. Referent: Dr. Carl Misch.

Für die Ortsgruppe Mitte in den „Akademischen Bierhallen“, Dorotheenstraße 80 (Ecke Charlottenstraße). Referent: Kurt Grobmann.

Für die Ortsgruppe Norden im „Restaurant zur Humboldthütte“, Brunnenstraße 94 (nahe Bf. Gesundbrunnen). Referent: Wolfram von Hausstein — Paul Dreyfus.

Gäste zu diesen Ortsgruppenveranstaltungen willkommen!

# Agrarpolitik in den Balkanländern.

Die Balkanländer ähneln sich in ihren geographischen, sozialen und kulturellen Verhältnissen und haben infolgedessen fast die gleiche Wirtschaftsstruktur. Sie sind ausgesprochene Rohstoffproduzenten.

Ihre Ausfuhr besteht zu 65 bis 85 Prozent des Wertes aus Agrarerzeugnissen. Ihre Wirtschaftsbeziehungen miteinander beschränken sich auf gegenseitige Ergänzung in Bezug auf gewisse Rohstoffe und Lebensmittel.

Auf den außerbalkanischen Märkten bilden sie untereinander gefährliche Konkurrenten, so Bulgarien und Griechenland in Orienttabaken, Bulgarien und Jugoslawien in verschiedenen Erzeugnissen der Viehzucht, und Rumänien und Jugoslawien in Holz und Getreide.

Um den Folgen dieses Wettbewerbs aus dem Wege zu gehen, versuchten die Balkanländer sich — inoffiziell — auf verschiedenen Balkankonferenzen zu verständigen. Die erste Konferenz fand in Athen im Oktober 1930, die zweite in Stambul im Oktober 1931 auf Grund der Initiative einzelner Persönlichkeiten statt. Man entschloß sich zu einem gemeinsamen agrar- und handelspolitischen Vorgehen. Ob diese Beschlüsse restlos durchgeführt werden und ob sie zu praktischen Ergebnissen führen, wird von vielen Seiten bezweifelt.

Weitere Ansätze zu wirtschaftlicher Verständigung und gemeinsamen Vorgehen sind die rumänisch-südslawische Holzkonvention und der türkisch-südslawische Opiumvertrag.

Der vielbesprochene Agrarblock konnte zu keiner Bedeutung gelangen, weil die Vereinheitlichung und Konzentration von Produktion und Absatz infolge der verschiedenen Interessen der beteiligten Länder sehr schwer durchzuführen ist und weil politische Tendenzen bei solchen Zusammenschlüssen immer noch die wichtigste Rolle spielen.

Jedes Land hat seine besonderen Spezialitäten, auf die es sich hauptsächlich konzentriert. Sehen wir uns die einzelnen Staaten auf diese Verschiedenheiten hin an.

## Rumänien.

An der rumänischen Landwirtschaft liegt das Schwergewicht auf dem Getreidebau, und zwar besonders auf dem Anbau von Futtergetreide. Der Anbau von Weizen ist zu Gunsten des Futtermittelbaus zurückgedrängt worden, weil die Produktion von Futtermitteln ertragreicher ist. Durch sie wird hauptsächlich der innere Bedarf gedeckt. Industriepflanzen (Tabak und Ölpflanzen) werden bis jetzt noch nicht viel angebaut; jedoch beginnt die Anbaufläche sich zu vergrößern.

Schon vor dem Kriege wurde der Versuch einer Agrarreform gemacht. Heute ist die Grundbesitzverteilung so, daß 88 Prozent des Ackerlandes Kleingrundbesitzern gehört. Man stellte bei Beginn der Agrarreform landlosen Bauern Acker und Weide zur Verfügung, versah sie aber weder mit landwirtschaftlichem Inventar, noch gab man ihnen die nötige Ausbildung. Ergebnis der Agrarreform: Ein großer Teil des aufgeteilten Bodens blieb brach liegen. Die Anbaufläche für Weizen ist zurückgegangen. Das Verkaufsverbot für die neu zugeteilten Grundstücke wurde — mit gewissen Einschränkungen — erst 1929 aufgehoben. Dadurch wurde eine wirtschaftlichere Verteilung und Ausnutzung des Bodens und die Bildung eines bäuerlichen Mittelbesitzes ermöglicht.

Daß der

## Mangel an Inventar und Ausbildung die Ursache der schlechten Durchführung der Agrarreform

ist, zeigen uns Siebenbürgen, Banat und Bukowina, drei Bezirke, in denen bessere Erträge erzielt werden, weil ihre Bevölkerung auf einem höheren Kulturniveau steht, eine bessere Agrarbildung hat und durch genossenschaftliche Organisation sich mit den nötigen Landwirtschaftsgeräten versehen kann.

## Jugoslawien.

Jugoslawien betreibt wie Rumänien besonders den Getreidebau. Neben dem Ackerland finden wir viel Weiden und Wiesen. Mangel an landwirtschaftlicher Technik und Agrarbildung, ebenso an Kapital verhindern eine intensive Bewirtschaftung des Bodens. Im Getreidebau verdrängt der Weizen den Mais allmählich als Brotfrucht. Große Bedeutung hat für Jugoslawien der Wein- und Obstbau, besonders die Pflaumenkultur, die allein 67 Prozent der gesamten Obstproduktion ausmacht.

Die Agrarreform, die 1919 durchgeführt wurde, wird von Fachkreisen als verfehlt bezeichnet. Der Kleingrundbesitz sollte gefördert werden, man schuf aber so kleine Grundstücke, daß eine richtige Bewirtschaftung nicht möglich war, da die bisherigen Arbeitsmethoden beibehalten wurden. Um dem daraus folgenden Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion zu steuern, versuchte der Staat Produktion und Ausfuhr zu fördern. Jetzt beginnt eine Umstellung dahin, mehr Industriepflanzen und Obst zu bauen, weil diese auf den ausländischen Märkten mehr gefragt werden.

## Bulgarien.

Auch in Bulgarien überwiegt der Getreidebau. Der Weizen ist die wichtigste Brotfrucht und bildet zugleich auch einen bedeutenden Exportartikel. Tabak ist mit über 40 Prozent des Ausfuhrwertes das Hauptausfuhrerzeugnis. Ferner sind Bohnen, Wein, Obst (vor allem Pflaumen) und Rosenöl, für das Bulgarien ein natürliches Monopol hat, wichtige Ausfuhrgegenstände.

Auch hier wird eine erhöhte Produktion von Industriepflanzen, Obst und Gemüse angestrebt, da sich die Betriebsgrößengestaltung — Bulgarien ist ein Land des Kleingrundbesitzes — dafür sehr eignet.

Die Agrarreform, die auf Grund des Gesetzes für das sogenannte Arbeitsgrundigentum von 1921 (abgeändert 1924) durchgeführt wurde, ging dahin, jede Bauernfamilie mit genügend Land zu versorgen und allen Privatbesitz, der 30 Hektar für eine Familie mit 4 Personen, dazu 5 Hektar für jede weitere Person übersteigt, zu enteignen. Dieser Bodenreservefonds wurde zur Hälfte zur Ansiedlung der Flüchtlinge aus Mazedonien und Thrazien verwendet, der Rest sollte unter Besitzlose und kleine Besitzer verteilt werden. Es ist aber auch hier so wie in den vorhin behandelten Ländern. Man hat die besten Bestrebungen, vergißt aber, ihnen durch Bereitstellung von Kapital für Betriebsmittel und durch landwirtschaftliche Ausbildung der Bevölkerung den praktischen Erfolg zu sichern.

## Griechenland.

Griechenland ist ebenfalls ein ausgesprochener Agrarstaat. 61 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig, und 85 Prozent seiner Ausfuhrwaren sind landwirtschaftliche Erzeugnisse. Da die Bodenbeschaffenheit und das Klima Griechenlands für den Ackerbau nicht sehr günstig sind, reicht die Getreideproduktion nicht aus, den inneren Verbrauch zu decken. Geeignet ist aber die Bodenbeschaffenheit für landschaftliche Qualitätserzeugnisse wie Tabak, Rosinen und Oliven. Wie groß ihre Bedeutung ist, zeigen folgende Zahlen: 1930 entfielen auf Tabak 56 Prozent, auf Rosinen 16 Prozent, auf Weine und Trauben 5 Prozent und auf Öl und Oliven 3 Prozent des Wertes der Gesamtausfuhr des Landes. Neuerdings treffen Tabak und Rosinen auf dem Weltmarkt eine starke Konkurrenz an in Gestalt von türkischen und bulgarischen Tabaken und kalifornischen und australischen Rosinen.

Der Staat bemüht sich, den Tabakbau zu rationalisieren durch Einschränkung des Anbaus und Verbesserung der Qualitäten, ebenso versucht er, die Rosinenerzeugung und den Getreideanbau durch Kultivierung neuen Bodens zu erweitern.

In seiner Agrarpolitik ist der Staat seit 1924 bestrebt, das Großgrundigentum gegen Entschädigung der Eigentümer aufzuheben, um Flüchtlinge aus Kleinasien unterzubringen. Aber auch hier bilden

## ungenügende Ausbildung der Bauern und Mangel an Betriebsmitteln

Hindernisse für eine weitere Verbesserung der Agrarverhältnisse.

Zusammenfassend läßt sich folgendes für alle Balkanländer feststellen: Die Getreideproduktion nimmt heute in ihnen noch die erste Stelle ein, obgleich schon versucht wird, eine Umstellung auf Qualitätserzeugnisse vorzunehmen, so durch Förderung des Tabakbaues, der Gemüse-, Obst- und Weinkulturen und des Anbaues der übrigen Handels- und Industriepflanzen. Bedingt ist diese Umstellung durch die allgemeine Weltkrise auf dem Getreidemarkt und durch die Agrarreformen, die sich bemühen, in diesen Ländern den Kleinbetrieb zu fördern. Leider haben diese sozialpolitischen Reformen meist nur „theoretische Wirksamkeit“, da man ent-

weder die Großbetriebe unwirtschaftlich zerstückelt hat oder außer Acht gelassen hat, die Bauern auch mit Betriebsmitteln und genügend Kenntnissen zu versehen. Hinderlich für die Bereitstellung von Betriebsmitteln ist dabei natürlich der Kapitalmangel in den Balkanländern. Auch wo Ansätze zu genossenschaftlichen Zusammenschlüssen festzustellen sind, sind die zur Verfügung stehenden Geldmittel nur gering.

In der Rückständigkeit des Kleinbetriebes liegt das Haupthindernis für eine wirkliche Reform. Helfen kann hier nur großzügiger genossenschaftlicher Zusammenschluß, der durch in mancher Hinsicht gemeinsame Bewirtschaftung rationelle Methode einführen und das notwendige Inventar beschaffen kann.

Die folgende Tabelle soll eine zahlenmäßige Vergleichung der vier genannten Balkanstaaten ermöglichen. Sie entbehrt der Vollständigkeit und Genauigkeit, da teilweise nur unzureichende Statistiken vorliegen.

	Rumänien	Jugoslawien	Bulgarien	Griechentd.
Gesamtfläche in qkm:	295 000	249 000	103 000	130 000
Einwohnerzahl:	18 000 000	13 900 000	5 500 000	6 200 000
Verteilung der Fläche:	1930	1929 u. 1930 (in Prozenten)	1928 u. 1930	1929
Ackerland . . . . .	43	28	36	15
Weide und Wiese . . . . .	14	21	5	9
Wein- u. Obstbau . . . . .	2	1	1	1
Wälder . . . . .	25	33	26	19
Sonstiges, meist unprodukt. Land	16	14	32	56
Aufteilung des Ackerlandes:				
Getreidebau . . . . .	86	82	73	60
Futterpflanzen . . . . .	5	—	5	—
Nährmittelpflanzen . . . . .	3	—	4	—
Industriepflanzen . . . . .	5	4	4	—
Anteil der Gesamtbevölkerung an d. Landwirtschaft	1920	1931	1926	1928
	80	80	75	70

M. D. (Sofia).

# Spanien organisiert die Agrarreform.

Das Dekret über die Gründung des Institutes zur Durchführung der Agrarreform bestimmt die Funktionen und Organisation dieses Institutes. Die Gründung erfolgte im Zusammenhang mit der im Parlament beschlossenen Bodenreform.

Die wesentlichen Punkte des Dekretes sind: Das Kapital wird aus jenen Beträgen gebildet, die jedes Jahr im Budget für die Agrarreform ausgeworfen werden, ferner aus den Gebühren für Parzellierungen und jenen Abgaben, die von den durch das Gesetz über die Bodenreform-Begünstigten geleistet werden. Das Institut kann Kredite gewähren und Hypothekarpfandbriefe ausgeben.

Sowohl die in dem Besitz des Staates befindlichen Güter als auch die enteigneten Adelsgüter werden dem Institute unterstellt.

Die oberste Verwaltung ist der Verwaltungsrat, dessen Präsident der Landwirtschaftsminister sein wird. Die Beisitzer sind teils Wirtschaftler, teils Techniker, Juristen, Finanzbeamte, Bankfachleute, sowie Vertreter der Grundbesitzer, der Pächter und der landwirtschaftlichen Arbeiter. Mit Ausnahme der Vertreter der letzten drei Gruppen werden alle Beisitzer vom Ministerrat auf Vorschlag des Landwirtschaftsministers ernannt. Eine Beisitzerstelle ist unvereinbar mit irgend einer anderen staatlichen oder Gemeindeanstellung oder Beschäftigung bei einer Gesellschaft, die für und mit dem Staate arbeitet.

Die technische Abteilung wird die Frage der Bodenaufteilung behandeln, sowie die Bewirtschaftung (Kollektiv- oder Einzelbewirtschaftung). Diese Abteilung ist ebenfalls für alle Fragen der Amelioration und der Wohnungen der bäuerlichen Bevölkerung zuständig.

Die juristische Abteilung wird die Streitfragen erledigen, die durch Auslegung des Gesetzes entstehen können.

ten, so vor allem auch Fragen der Einschätzung von enteigneten Gütern.

Die Abteilung für Sozialfürsorge wird sich mit allen Fragen befassen, die mit der Gründung von Genossenschaften und Syndikaten für Verkauf und Konsum zusammenhängen. Die Festsetzung der Löhne für die Arbeiter und die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen unterstehen ebenfalls dieser Abteilung.

Die Abteilung für Finanzen und Buchwesen wird die Geldgebarung überwachen, das Budget aufstellen und die Verbindung mit dem Banco Nacional Agrario und Banco Hipotecario de España aufrecht erhalten. Zu ihren Obliegenheiten gehört auch die Kreditgewährung an Landwirte.

Die Unterabteilung für Unterricht und Propaganda wird sich mit dem Problem des Unterrichtswesens auf dem flachen Land befassen und bestrebt sein, das geistige Niveau zu heben, unterstützt durch Wanderlehrer, Bibliotheken, Film und Radio, sowie praktische Vorführungen und Kurse, die auf landwirtschaftliche Fächer Bezug haben.

Die allgemeinen Weisungen an den Verwaltungsrat erteilt die Generalversammlung, deren Präsident der jeweilige Ministerpräsident ist; sein Stellvertreter ist der Landwirtschaftsminister. Die Beisitzer sind die Leiter der betreffenden Ämter in den Ministerien, wie zum Beispiel der Präsident des Komitees zur Regelung der nationalen Oekonomie, der Generaldirektor der Landwirtschaft, des Forstwesens, der Viehzucht u. s. w.

Das Personal wird sich aus den Beamten zusammensetzen, die derzeit am Sozial-Agraramt angestellt sind. Que (Madrid).

## Wem zuliebe?

Seit dem 1. Oktober ist der Spritbeimischungszwang für Treibstoffe von 6 auf 10 Prozent erhöht worden; das hat bekanntlich die Treibstoffe um 1 bis 2 Pfennig pro Liter verteuert.

Die Verschärfung des Spritbeimischungszwanges wurde damit begründet, „die Monopolverwaltung sowohl im Interesse der Reichsfinanzen wie im Interesse der Landwirtschaft von ihren überhöhten Beständen beschleunigt zu entlasten“. So stand es in der amtlichen Begründung zur Verordnung vom 9. August. Die Bestände sind tatsächlich „überhöht“. Sie betragen am

30. September 1929	888 000 Hektoliter
30. „ 1930	1 578 000 „
30. „ 1931	1 992 000 „
30. „ 1932	1 655 000 „

Das ist ein riesiger Bestand! Dabei war er Ende September 1932 noch verhältnismäßig niedrig, weil der Treibstoffhandel sich in Erwartung erhöhter Treibstoffpreise vor dem 1. Oktober besonders reichlich eingedeckt hatte. Ende März 1932 betrug der Bestand sogar rund 2,7 Millionen Hektoliter, während die gesamte Jahresproduktion 1930/31 nur 2,6 Millionen Hektoliter ausmachte.

Es war also an sich verständlich, daß die Regierung einen Versuch machte, diese Bestände, deren Lagerung laufend hohe Unkosten verursacht, herunterzudrücken. Im Gegensatz zu ihrer amtlichen Begründung ist aber jetzt das Brennrecht der Kartoffelbrennereien von 70 auf 85 Prozent der fest-

gesetzten Kontingente erhöht worden. Selbst wenn der Kraftverkehr in Deutschland sich auf der bisherigen Höhe halten sollte, wird nach einer Berechnung der „Frankfurter Zeitung“, die wir hier im einzelnen nicht wiedergeben wollen, der Spiritusbestand der Monopolverwaltung Ende September 1933 höher sein als heute.

Da wir nun nicht annehmen wollen, daß alle beteiligten Regierungsstellen im Kopfrechnen so wesentlich schwächer sind als die Redakteure der „Frankfurter Zeitung“, bleibt nur eine Erklärung für die Handlungen der Regierung, — immer wieder die eine und einzige, die uns einen roten Faden durch das Gewirr all ihrer Verordnungen liefert:

Alles geschah den Großagrariern zuliebe, um ihnen bei vergrößerter Spritzerzeugung einen vergrößerten Gewinn aus ihren Brennereibetrieben zuzuschauen. Rpt.

## DEUTSCHLAND

Gegen Verbilligung des Getreides. Die Getreidepreise sinken trotz aller Stützungsmaßnahmen. Also muß die Regierung dafür sorgen, Getreide vom Markt fern zu halten. Sie hat schon bisher zu diesem Zweck für drei Monate Lagerkostenzuschüsse und Zinsverbilligungszuschüsse gewährt. Sie tut das nun für weitere zwei bis drei Monate.

Auch für gewerbliche Kreditgenossenschaften und Baugenossenschaften fällt etwas ab, nämlich bei der sogenannten „Sanierung der Preußenkasse“. Das Reich will zur Stützung solcher Genossenschaften Garantie in der Höhe 14 Millionen Mark übernehmen oder jeweils bis zur Höhe von einem Drittel des Betrages Mittel in den Rechnungsjahren 1932, 1933 und 1934 zur Verfügung stellen. — Wenn sie da sind!